



Energiewende

Argumente für eine Haushaltsfinanzierung des Ausbaus erneuerbarer Energien in Deutschland

Chemie steht zu wirtschaftlich tragfähiger Energiewende, Ausbau der Erneuerbaren und Klimaschutz

- Deutschland wird in Zukunft immer mehr Strom benötigen. Bereiche wie der Verkehr und die Wärmeversorgung, die heute noch auf fossilen Energiequellen basieren, sollen in Zukunft Strom als Energiequelle nutzen. Diese Sektorkopplung und die dafür notwendige Umstellung der Energieversorgung auf Strom bieten große Chancen, die Emissionen von Treibhausgasen weiter zu senken und so die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen. Unser Land besitzt die ingenieurstechnischen Fähigkeiten, die unternehmerische Kraft und das industrielle Know-how, um diesen klimaschonenden Umbau der Energieversorgung umsetzen zu können.
- Wir können diese Transformation durch Nutzung erneuerbarer Energien zu einem Exportschlager mit dem Markenzeichen „made in Germany“ und zu einem internationalen Vorbild machen. Andere Nationen werden dem deutschen Modell aber nur folgen, wenn es die Wettbewerbsfähigkeit industrieller Produktion nicht gefährdet. Die Energiewende muss gleichzeitig umweltpolitisch erfolgreich und wirtschaftlich tragfähig sein. Beide Rahmenbedingungen sollte die Politik in ihrer Strategie für die Energiewende konsequenter beachten. Deutschland hat sehr viel in die Energiewende investiert – und wird noch mehr investieren müssen. Diese Investitionen müssen zu einem Erfolg für Klimaschutz und Wirtschaft führen, sonst sind sie ineffizient.
- Klimaschutz und Ressourcenschonung sind in der Nachhaltigkeitsinitiative Chemie³ der Branche fest verankert, die sich damit auch zum Ausbau der erneuerbaren Energien bekennt. Gleichwohl benötigen Chemieunternehmen viel Energie. Selbst bei höchster Effizienz bleibt die Herstellung von Chemieprodukten, die auch für Klimaschutz und Energiesparen eingesetzt werden, energieintensiv. Die Branche ist daher selbst an einer nachhaltigen Energieversorgung interessiert, die den Kriterien sicher, sauber und bezahlbar folgt.

Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Der umfassende Umbau der Energieversorgung in Deutschland ist eine enorme Herausforderung. Sie ist vergleichbar mit Zukunftsprojekten wie der Modernisierung der Infrastruktur für Digitalisierung und Verkehr oder den Investitionen für ein höheres Niveau bei Bildung und Sicherheit. Komplexität und Kosten lassen den Vergleich zu, die Energiewende als Generationenprojekt auf eine Stufe mit der Wiedervereinigung zu stellen. Die Steuerung und Kontrolle solcher gesamtgesellschaftlicher Großprojekte liegt in der Verantwortung des Staates. **Daher hält es die chemisch-pharma-**

zeutische Industrie für richtig, die zukünftigen Kosten der Energiewende aus dem Bundeshaushalt zu bestreiten. Die externe Finanzierung der Energiewende über eine Umlage auf den Stromverbrauch sollte sich auf die Vergangenheit beschränken.

Warum die bisherige Finanzierung nicht nachhaltig ist

Das EEG existiert seit 2001. Mit der Finanzierung des Erneuerbaren-Ausbaus über eine Umlage auf den Stromverbrauch hat es seine ökologischen Zielsetzungen erreicht und sogar übererfüllt. Allerdings hat dieser Ausbau in den vergangenen Jahren zu sehr hohen Kosten für die deutsche Volkswirtschaft geführt, mit erheblichen negativen Auswirkungen auf wirtschaftliche und soziale Belange. Die hohen Stromkosten für die große Mehrheit der nicht von der EEG-Umlage entlasteten Unternehmen mindern ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit – das hat negative Folgen auf Investitionen im Inland und damit auf künftige Arbeitsplätze in Deutschland. Zudem belastet die EEG-Umlage auf Strom insbesondere sozial schwache Haushalte.

Seit Einführung des EEG im Jahr 2001 sind insgesamt knapp 190 Milliarden Euro in die Ausbauförderung geflossen. Die Kosten werden in den kommenden Dekaden weiter wachsen. Dieser Umbau der Energieversorgung erfordert weiterhin hohe Finanzmittel, die über Erträge aus dem Strommarkt, wie er heute organisiert ist, nicht aufgebracht werden können. Mit einem steigenden Anteil erneuerbarer Energien dürften die Marktpreise für Strom dauerhaft niedrig bleiben. Der Grund: Erneuerbare Energien müssen ihre Kosten nicht am Markt decken, sondern werden über das EEG mit einer festen Einspeisevergütung finanziert. Durch diese Subvention sinken aber die Preise am Strommarkt.

Das führt dazu, dass erneuerbarer Strom am Markt bei weitem nicht den Preis erzielt, der den Anlagenbetreibern garantiert wird. Um die festgeschriebene Einspeisevergütung zu bezahlen, muss die Differenz weiter aus anderen Quellen gedeckt werden (Differenzkosten): Der Ausbau der Erneuerbaren ist damit weit davon entfernt, sich im heutigen Strommarkt selbst zu finanzieren. Daran wird auch das Ausschreibungsmodell nichts ändern.

Bereits heute ist absehbar, dass sich diese Schere zwischen fester Einspeisevergütung und dem Marktpreis für Strom in den nächsten Jahren weiter öffnet. Dadurch wird auch die EEG-Umlage weiter steigen: Laut einer Studie des IW könnte sie 2025 bis zu 10 Cent pro Kilowattstunde betragen,¹ obwohl die ersten nach dem EEG geförderten Anlagen ab 2020 aus dem System herausfallen. Verantwortlich für diese hohen Mehrkosten, die laut IW im Jahr 2025 bis zu 32 Milliarden Euro jährlich (statt heute 24 Milliarden Euro) betragen können, ist vor allem der Ausbau der teuren Wind-Offshore-Anlagen. Aber auch der weitere Ausbau der Wind-Onshore- und Photovoltaik-Anlagen, der für die geplanten Ausbauziele der Bundesregierung (bis 2025: 30 bis 45 Prozent Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch) nötig ist, trägt dazu bei.

¹ Kurzugutachten des IW (2016): „EEG 2017: Eine Kostenabschätzung; Mögliche Entwicklungen der Förderkosten bis 2020 und 2025“

Das EEG belastet den Stromverbrauch

Durch die stetig steigende EEG-Umlage stellt sich heute mehr und mehr die Frage, ob die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien volkswirtschaftlich tragbar und gerecht verteilt sind. Die EEG-Umlage verteuert den Verbrauch von Strom, der ein unverzichtbares Verbrauchsgut für Privathaushalte und ein wesentlicher Produktionsfaktor im verarbeitenden Gewerbe ist. Die in diesem Zusammenhang häufig angeführte Lenkungswirkung der EEG-Umlage, die Stromverbraucher angeblich zu einem niedrigeren Stromverbrauch motiviert, konnte bislang nicht beobachtet werden. Im industriellen Bereich hat dieser Zusammenhang auch keine Bedeutung: In der Regel waren in der Vergangenheit die Energiekosten bereits so hoch für die Industrie, dass entsprechende Einsparpotenziale bereits gehoben und damit weitgehend erschöpft sind.

Hier sollte die Debatte über die zukünftige Ausrichtung der Energiewende ansetzen. Es geht um eine Richtungsentscheidung. Vor der anstehenden Bundestagswahl gehört die grundsätzliche Frage wieder auf die Tagesordnung, ob das Überwälzen der Energiewendekosten allein auf den Stromverbrauch der richtige Weg ist. Aus Sicht der chemisch-pharmazeutischen Industrie sollte die Energiewende wie andere gesamtgesellschaftliche Aufgaben (zum Beispiel Sicherheit, Verkehrswege) als Infrastrukturmaßnahme aus dem Haushalt finanziert werden.

Belastung für die Volkswirtschaft und soziale Folgen

Energie ist ein wichtiger Treiber für die Volkswirtschaft, nicht nur in der energieintensiven Industrie. Von der Art, wie Energie erzeugt wird und welche Kosten damit verbunden sind, hängt die weitere Entwicklung der Industriegesellschaft ab. Vor diesem Hintergrund bringt die derzeitige Finanzierung des Ausbaus erneuerbarer Energien über die EEG-Umlage mehrere Probleme mit sich:

- Die Verteuerung des Produktionsfaktors Strom im Verarbeitenden Gewerbe verringert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und hemmt damit Investitionen. Bereits heute trägt die deutsche Industrie 7 Milliarden Euro EEG-Kosten, trotz bestehender Entlastungsregeln. Diese Kosten haben internationale Wettbewerber in Europa und weltweit nicht. In der Chemie sind davon besonders mittelständische Unternehmen betroffen, die größtenteils nicht von der EEG-Umlage entlastet sind. Seit 2006 hat die deutsche Chemie rund 7 Milliarden Euro an EEG-Kosten geschultert, das entspricht der jährlichen Investitionssumme der gesamten Branche in Sachanlagen. Alleine 2016 zahlte die Branche mehr als 1 Milliarde Euro EEG-Umlage. Diese Mittel fehlen für Investitionen.

Trotz Härtefallregelung hohe Kostenbelastung

EEG Kosten für die chemisch-pharmazeutische Industrie

In Millionen Euro



Quelle: VCI

Ab 2013 EEG Mehrkosten ohne Härtefallregel und ohne Befreiung der Eigenerzeugung



Seit 2006 sind die EEG-Kosten für die chemische Industrie um ein Vielfaches gestiegen. Insgesamt hat die Branche seither etwa 7 Milliarden Euro gezahlt. Etwa 90 Prozent aller Chemieunternehmen sind nicht entlastet und zahlen die volle EEG-Umlage. Einzig die weitgehende Befreiung für sehr energieintensive Unternehmen hat eine noch höhere Belastung verhindert.

- Der Kosten- und Wettbewerbsnachteil für den Standort Deutschland wird sich ohne Systemwechsel in den kommenden Jahren durch den weiteren massiven Ausbau erneuerbarer Energien noch verstärken. Weil die Einspeisevergütung für Erneuerbare Energien-Anlagen für 20 Jahre garantiert ist, hat die deutsche Wirtschaft bereits heute Zahlungsverpflichtungen in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro. Damit wird der Wettbewerbsnachteil dauerhaft fortgeschrieben.

Ein häufig unterschätzter Faktor: Die EEG-Umlage bringt auch aus energiewirtschaftlicher Sicht immer mehr Probleme mit sich. Durch den weiter steigenden Anteil an fluktuierenden erneuerbaren Energien wird das zeitlich schwankende Angebot auf dem Strommarkt in Zukunft noch problematischer. Der Strommarkt wird immer mehr darauf angewiesen sein, dass Verbraucher mehr und vor allem flexibel Strom dann abnehmen, wenn das Angebot aus fluktuierenden Erneuerbaren hoch ist. Die Motivation für flexiblen Stromverbrauch ist aber größer, wenn sich ein hohes Angebot auch in flexiblen, also günstigeren Preisen widerspiegelt. Oder energie-wirtschaftlich ausgedrückt: Wenn das Preissignal bei den Verbrauchern ankommt. Hohe Umlagen wie die EEG-Umlage und Abgaben auf den Strompreis verhindern

aber, dass die Preissignale ankommen, weil sie von vornherein einen hohen Preissockel schaffen. Selbst wenn der Preis am Strommarkt niedrig ist, bleibt schließlich die EEG-Umlage zu zahlen, die dadurch wie eine Art „Mindestpreis“ für Strom fungiert. Die EEG-Umlage hemmt also die Flexibilität, auf die es im Strommarkt der Zukunft ankommt.

- Die Sektorenkopplung (Power-to-X, Elektrifizierung der Gesellschaft) von Strom, Verkehr und Wärme, ohne die die Energiewende nicht umsetzbar und die Klimaschutzziele in Deutschland und Europa nicht erreichbar sind, ist auf wettbewerbsfähige Strompreise im Vergleich zu fossilen Energiequellen wie Rohöl oder Erdgas angewiesen. Hohe Stromkosten in Folge der EEG-Umlage hemmen Potenziale zur Sektorenkopplung und somit auch die Minderung der Treibhausgasemissionen in den Bereichen Gebäude, Industrie und Verkehr. Dazu kommt, dass für die weitere Elektrifizierung der Gesellschaft immense Strommengen benötigt werden. Diese würden wiederum extreme Aufschläge auf die Stromkosten nach sich ziehen, wenn der Aufbau der dazu nötigen Stromerzeugungskapazitäten weiterhin über die EEG-Umlage gefördert wird, die den Stromverbrauch belastet. Eine „all electric society“ ist inkompatibel mit der EEG-Umlage.
- Auch die Privathaushalte werden durch die steigende EEG-Umlage immer stärker belastet. Hier hat die EEG-Umlage auch soziale Folgen. Denn Haushalte mit niedrigem Einkommen sind durch die EEG-Umlage im Vergleich zu finanziell besser gestellten Haushalten sechs Mal stärker belastet. Niedrigverdiener zahlen im Verhältnis zu ihrem Einkommen ein Vielfaches an EEG-Umlage gegenüber betuchteren Haushalten.² Das EEG führt dadurch zu einer sozial ungerechten Verteilung der Kosten.

² Berechnung des IW für den Verband der Chemischen Industrie

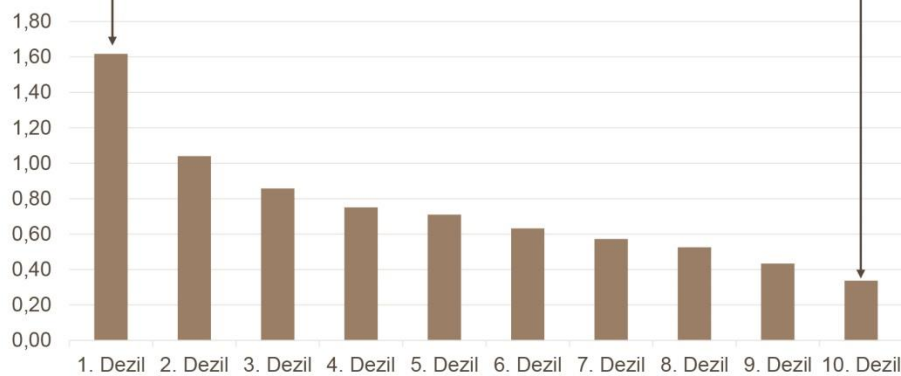
EEG-Umlage belastet Niedrigverdiener überproportional

Anteil der EEG-Kosten am Haushaltseinkommen*

In Prozent

1. Dezil: 10 Prozent der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen

10. Dezil: 10 Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen



*Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen: Die Einkommen werden durch Bedarfsgewichte geteilt, die Haushaltsgröße und -zusammensetzung repräsentieren.
Daten: Sozio-ökonomisches Panel, Welle 2015; Berechnung: Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Finanziell schlechter gestellte Haushalte müssen einen weit größeren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für die EEG-Umlage ausgeben als vermögendere Haushalte. Dadurch entsteht eine soziale Schieflage.

VCI-Modell: Neuanlagen ab 2019 aus dem Bundeshaushalt finanzieren

Die Förderung von zukünftig installierten Erneuerbare-Energie-Anlagen sollte ab 2019 aus dem Haushalt erfolgen. Um den alternativen Finanzierungsbedarf und damit die Belastung für den Haushalt gering zu halten, sollte sich die Haushaltsfinanzierung auf neue Erneuerbare-Anlagen beschränken. Das bisherige EEG-Umlage-System sollte nach dem VCI-Modell nur noch für Bestandsanlagen gelten. Da bis 2018 noch nach dem alten EEG geförderte Anlagen eine garantierte Vergütung über 20 Jahre hinweg erhalten, würde die bisherige EEG-Umlage bis 2038 auslaufen. Bis dahin scheiden alle Bestandsanlagen aus der Förderung aus, und die EEG-Umlage sinkt auf null Euro.

Welche Auswirkung hat der Vorschlag auf die EEG-Kosten?

Entwicklung Differenzkosten von bestehenden EE-Anlagen

Annahme: Haushaltsfinanzierung neuer EE-Anlagen ab 2019
EEG-Differenzkosten 2000 bis 2038 in Millionen Euro



Quelle: Bundesregierung

Eigene Darstellung



Das Modell des VCI würde bewirken, dass die EEG-Umlage ab 2019 nicht weiter steigt. Bestandsanlagen, die noch nach dem alten EEG gefördert werden, würden nach Ende der 20-jährigen Einspeisevergütung nach und nach aus der Umlage fallen. Dadurch würde die EEG-Umlage bis 2038 auslaufen und auf null Euro sinken.

Die Förderung von Neuanlagen würde nicht mehr über eine (weiter steigende) EEG-Umlage, sondern direkt aus dem Bundeshaushalt bezahlt.

Das VCI-Modell würde die Planungssicherheit der Unternehmen für Investitionen deutlich verbessern, da die EEG-Umlage nicht weiter steigt und innerhalb von 20 Jahren ausläuft.

- Je nach Entwicklung der Strompreise und weiterer Parameter liegt der Finanzierungsbedarf für Neuanlagen laut IW-Studie im Jahr 2020 zwischen 3,3 und knapp 6 Milliarden Euro.³ Im Jahr 2025 fallen jährliche Kosten zwischen 3,3 und 6,9 Milliarden Euro an. Dieser Finanzierungsbedarf ergibt sich aus den zukünftig anfallenden Differenzkosten: Über die EEG-Umlage finanziert wird die Differenz zwischen den über die Einspeisevergütung entstehenden Kosten und dem Markt-/Börsenpreis des produzierten Stroms.
- Die genaue Höhe hängt allerdings von mehreren Faktoren ab: wie viel Erneuerbare-Energien-Anlagen tatsächlich gebaut werden, wieviel Strom sie zu welchen Stromgestehungskosten produzieren, wie sich Brennstoff- und CO₂-Preise entwi-

³ Basisjahr 2016

ckeln, und wie der Strommarkt ausgestaltet ist. Insgesamt dürften die Differenzkosten zwischen der garantierten Einspeisevergütung für Erneuerbare-Energien-Anlagen und den Einnahmen, die Anlagenbetreiber am Strommarkt erzielen können, in den kommenden Jahrzehnten weiter steigen.

- Gerade weil der Ausbau der Erneuerbaren viel Geld kostet und weiterhin kosten wird, sollte der Staat, dem die Planung der Energiewende und die Festlegung der Ausbauziele obliegt, auch die Kosten dafür übernehmen. Die Finanzierung kann über den Bundeshaushalt ohne konkrete Steuererhöhung und ohne Einführung einer neuen Steuer erfolgen.

Argumente für das VCI-Modell

1. Energiewende ist prinzipiell eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Für das Erreichen der Ausbauziele spielt es keine Rolle, ob erneuerbare Energien über die heutige EEG-Umlage (Belastung des Stromverbrauchs) oder mittels einer Finanzierung aus dem Bundeshaushalt gefördert werden. Es ist deshalb weder aus politischen, noch aus ökonomischen und schon gar nicht aus sozialen Gründen angebracht, diese Aufgabe durch eine Umlage auf den Stromverbrauch zu finanzieren. Ein derartig umfassender Umbau der Stromversorgung mit dem Ziel der Treibhausgasneutralität rechtfertigt vielmehr die Finanzierung über den Bundeshaushalt.

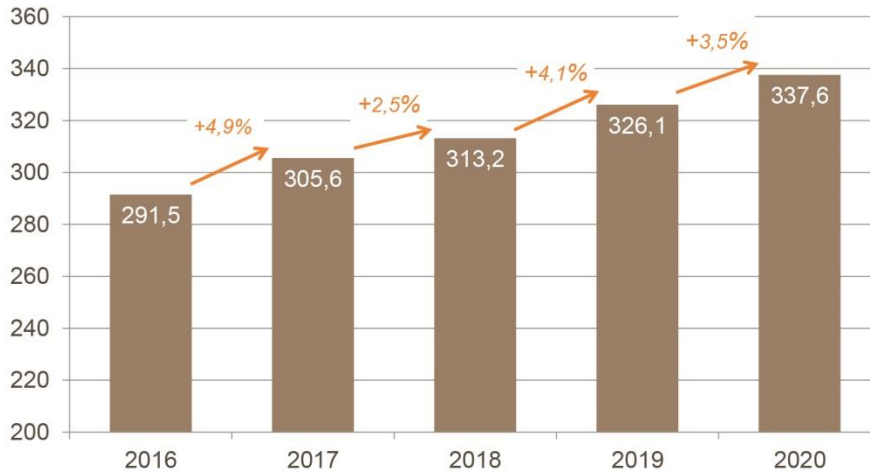
2. Steuermehreinnahmen zum Ausbau erneuerbarer Energien verwenden

In den vergangenen Jahren sind die Steuereinnahmen des Bundes beträchtlich angestiegen. Dies betrifft auch die Einnahmen aus der Einkommen- und der Körperschaftsteuer. Somit haben Privathaushalte und auch Unternehmen im besonderen Maße zu Mehreinnahmen des Bundes beigetragen. Laut Steuerschätzungen wird sich die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen auch in den kommenden Jahren fortsetzen, sodass weiterhin mit steigenden Beiträgen von Privathaushalten und Unternehmen gerechnet werden kann. Die gute Haushaltslage sollte zur Finanzierung von neuen Erneuerbare Energien-Anlagen und somit für eine Begrenzung des Strompreisanstieges für Haushalte und Unternehmen genutzt werden.

Wie entwickeln sich die Steuereinnahmen in Deutschland?

Steuereinnahmen Bund, Entwicklung auf Basis der Steuerschätzung

In Milliarden Euro



Quelle: 149. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" November 2016



Die Steuereinnahmen des Bundes sind seit 2010 um gut 60 Milliarden Euro gestiegen. Dies betrifft auch die Einnahmen aus der Einkommen- und der Körperschaftsteuer. Somit haben Privathaushalte und Unternehmen im besonderen Maße zu Mehreinnahmen des Bundes beigetragen. Laut Steuerschätzungen wird sich die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen auch in den kommenden Jahren fortsetzen,

3. Demokratische Kontrolle der Kosten

Bei einer Finanzierung des weiteren Ausbaus erneuerbarer Energien durch den Bundeshaushalt müssen die entsprechenden Summen jedes Jahr im Haushaltsplan bereitgestellt werden. Die Haushaltskontrolle, ein urdemokratisches Recht des Parlamentes, wäre damit auch für die Kosten zum Erreichen der Ausbauziele der Energiewende garantiert. Bisher hat der Bundestag die Renditen für Anlagenbetreiber (durch feste Einspeisevergütung) und einen festen Ausbauplan (via Ausschreibungen) festgelegt. Eine weitere Kostenkontrolle durch das Parlament fand nicht statt. Indem die Bundestagsabgeordneten auch konkrete Summen für den Ausbau im Haushalt bewilligen, würde eine Budgetfestlegung und somit eine Kostenkontrolle für den Ausbau eingeführt. Dies schafft die Möglichkeit, den Ausbau der erneuerbaren Energien so kosteneffizient wie möglich zu gestalten.

4. EEG-Kosten sind nur ein (wichtiger) Teil der Belastung des Stromverbrauchs

Neben den direkten Förderkosten bringt der Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland weitere Ausgaben für deren Integration in das Stromnetz mit sich. Diese werden heute ähnlich wie die EEG-Umlage durch einen Aufschlag auf die Netzentgelte über den Stromverbrauch finanziert. Dazu gehören unter anderem

- die Kosten des Netzausbaus, der für einen Stromtransport aus dem windstarken Norden des Landes in die Verbrauchszentren des Südens sorgen soll,
- die Kosten für den Eingriff in die Fahrweise von Kraftwerken (Redispatch)
- und die Kosten für den Aufbau von Sicherheitsreserven zur Stabilität der Netze und zur Sicherung ausreichender Versorgungskapazitäten.

Derzeit ist nicht absehbar, wie sich diese Kostenfaktoren entwickeln werden. Laut dem Faktenpapier Strompreise des DIHK könnten sich die Kosten für die Integration erneuerbarer Energien von 2016 bis 2025 auf 40 Milliarden Euro akkumulieren. Da hier eine weitere Belastung für den Stromverbrauch droht, ist eine Entlastung an anderer Stelle über eine Haushaltsfinanzierung der reinen Ausbaurkosten umso notwendiger.

Ansprechpartner: Dr. Jörg Rothermel,
Telefon: +49 (69) 2556-1463
E-Mail: rothermel@vci.de

Verband der Chemischen Industrie e.V.
Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt